

Pressemitteilung
24. September 2007

Deutscher Bundestag
JKH 3.627
11011 Berlin

Tel.: (030) 227 53848
Fax: (030) 227 56927
presse.bayern
@spdfraktion.de

Mindestlohn:

Tarifautonomie schützen – Hände weg vom Post-Mindestlohn-Tarif!

*Laut Pressemeldungen will Bundeskanzlerin Angela Merkel den Postchef Klaus Zumwinkel zur Aufkündigung und Verschlechterung des Post-Mindestlohn-Tarifvertrages zwingen. Dazu erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der Bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, **Klaus Barthel**, MdB:*

„Bisher hat die Union stets argumentiert, Mindestlöhne seien Sache der Tarifvertragsparteien. Nun will die Kanzlerin scheinbar den Post-Mindestlohn drücken, indem sie in einen bestehenden, für 90 Prozent der Beschäftigten der Branche maßgeblichen Tarifvertrag eingreift.

Dahinter steht nicht nur ein gebrochenes Verhältnis zur Tarifautonomie, sondern auch zum Wettbewerb: Wer behauptet, ein Stundenlohn von 9 Euro (Ost) oder 9,80 Euro (West) und damit Nettomonatslöhne von unter 1.000 Euro behindern irgendeinen Wettbewerb, der muss sich fragen lassen, ob es Aufgabe von Menschen mit harter Arbeit und niedrigsten Einkommen ist, die Profite internationaler Postkonzerne wie TNT oder UPS zu garantieren.

Noch zu Zeiten der letzten Unionsregierung hatte sich die Union 1997 mit dem SPD-dominierten Bundesrat darauf verständigt, dass genau dies nicht passieren darf.

Deshalb ist es seither geltendes Recht, dass gemäß Postgesetz von den branchenüblichen Tarifen nicht wesentlich abgewichen werden darf. Der branchenübliche Durchschnittslohn liegt bei etwa 11 bis 12 Euro, das heißt, dass schon jetzt ein De-facto-Mindestlohn von gut 10 Euro gilt.

Die SPD kann daher einer Gesetzesinitiative, die diese Untergrenze im Ergebnis unterschreitet, nicht zustimmen. Wenn es zu einer Verschlechterung der Ergebnisse kommt, werden wir weiter den Weg des Postgesetzes beschreiten, angemessene Arbeitsbedingungen über die Lizenzbedingungen durchzusetzen.“